



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Für eine wirksame Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 TG 60)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Für die so wichtige Arbeit im Bereich der Radikalisierungsprävention in Bayern werden in Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) die Ansätze in der TG 60 (Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention) für das Jahr 2026 von 5.881,4 Tsd. Euro um 600,0 Tsd. Euro auf 6.481,4 Tsd. Euro und für das Jahr 2027 von 5.917,6 Tsd. Euro um 800,0 Tsd. Euro auf 6.717,6 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die Staatsregierung betont auf ihrer Homepage selbst: „Vorbeugung durch Stärkung“ sei das Prinzip der Prävention. Man verfolge einen „einzigartigen Ansatz“, bei dem der „Einsatz gegen Extremismus mit der Prävention so früh ansetzt, dass Radikalisierung im besten Fall erst gar nicht entsteht.“ Die „klare Positionierung und Bekämpfung von Antisemitismus“ wird als „Schwerpunktthema der Staatsregierung“ bezeichnet.

Der Entwurf des Haushaltsplans spricht eine andere Sprache: Für 2026 sind gegenüber 2025 Kürzungen von insgesamt 438.600 Euro vorgesehen – davon allein 75.000 Euro explizit „zur Haushaltskonsolidierung“. Diese Diskrepanz zwischen vollmundigen Ankündigungen und tatsächlichem Handeln ist angesichts der Bedrohungslage nicht nachvollziehbar.

Mit 84 172 Straftaten erreichte die politisch motivierte Kriminalität 2024 einen Höchststand – ein Anstieg um 40,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Politisch motivierte Gewalttaten stiegen auf 4 107 Fälle, den höchsten Wert seit 2016. Besonders dramatisch entwickelt sich der Rechtsextremismus: Die Straf- und Gewalttaten nahmen um 47,4 Prozent auf 37 835 Fälle zu, die Zahl gewaltorientierter Rechtsextremisten wuchs auf 15 300. Auch beim Linksextremismus (38 000 Personen) und Islamismus (9 540 gewaltorientierte Personen) zeigen sich besorgniserregende Trends. Besonders alarmierend: Radikalisierung bei Jugendlichen gilt mittlerweile als „epidemisch ausgebreitet“.

Die aus dem Haushaltstitel finanzierten Maßnahmen haben sich bewährt und umfassen praktische Projektarbeit zur Stärkung gefährdeter Zielgruppen, Sensibilisierung von Fachkräften sowie Wissenstransfer zwischen Behörden, Praxis und Wissenschaft.

Besondere Bedeutung kommt dabei zwei Einrichtungen zu:

Die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) spielt mit ihrer Opfer- und Elternberatung eine herausragende Rolle – gerade angesichts der „aktuellen rechtsextremen und antisemitischen Terrorakte“, wie es im Haushaltsplan selbst heißt.

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) fungiert als zentrale Anlaufstelle für die Dokumentation antisemitischer Vorfälle und bietet Betroffenen direkte Hilfe. Durch systematische Erfassung von Meldungen und eigene Recherchen schafft RIAS Bayern eine fundierte Datengrundlage, die in regelmäßigen Berichten aufbereitet wird. Diese Arbeit ist unverzichtbar, um das tatsächliche Ausmaß von Antisemitismus in Bayern sichtbar zu machen und gezielte Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Die Kürzungen in dieser Titelgruppe senden ein fatales Signal: In Zeiten steigender Bedrohung wird an der Prävention gespart – und das ausgerechnet bei Einrichtungen wie RIAS Bayern und der LKS, deren Bedeutung die Staatsregierung selbst hervorhebt. Prävention ist kostengünstiger als Repression und der einzige Weg, Radikalisierung im Vorfeld zu verhindern. Wer Extremismus und Antisemitismus ernst nimmt, muss die dafür notwendigen Strukturen stärken – gerade jetzt.